

**Dr. rer. pol. h.c. Rudolf Seiters**

Präsident des Deutschen Roten Kreuzes  
Bundesminister a.D.  
Bundestagsvizepräsident a.D.

## **20 Jahre Mauerfall – Der Weg zur deutschen und europäischen Einheit – ein Rückblick**

am 01.10.2009, KAS Brüssel

Sehr geehrte/r

Ich bin heute sehr gerne nach Brüssel gekommen, ich komme direkt aus Prag, wo ich gestern mit Hans-Dietrich Genscher erneut auf den Prager Balkon stand. So könnte der Titel meines Vortrags heute auch lauten: „Von Prag nach Brüssel“, denn in Prag wurden erste Steine aus der Berliner Mauer gebrochen und Brüssel steht für die Erweiterung der Europäischen Union und die Einheit Europas.

I.

Lassen Sie mich mit einem Blick auf Europa und die Europäische Union beginnen. Viele neue Mitglieder sind in den letzten Jahren dazugekommen:

- Estland mit der Hauptstadt Tallinn
- Lettland mit Riga
- Litauen mit Vilnius
- Polen mit Warschau
- Tschechien mit Prag
- Ungarn mit Budapest
- Slowenien mit Ljubljana

- die Slowakei mit Bratislawa
- Malta mit Valletta
- Zypern, d.h. das griechische Zypern, mit Nicosia
- Bulgarien mit Sofia und Rumänien mit Bukarest, andere werden noch dazukommen.

Alles klangvolle Namen die untrennbar verbunden sind mit der europäischen Geschichte und Kultur – viele Staaten, die jahrzehntelang unter der europäischen Zerrissenheit, unter dem Terror des Nationalsozialismus oder der Unterdrückung durch den Kommunismus gelitten haben. Die deutsche Presse schrieb, mit der Erweiterung werde die seit dem Zweiten Weltkrieg bestehende Teilung Europas endgültig aufgehoben.

Mich erinnert dies an die Diskussion, die wir in Deutschland geführt haben in den entscheidenden Monaten des europäischen Umbruchs, die zur Wiedervereinigung Deutschlands führten. Eine der bedeutendsten Initiativen, die damals Bundeskanzler Helmut Kohl ergriffen hat, war das 10-Punkte-Programm vom 28. November 1989, in dem er die deutsche Einheit in einen unmittelbaren Zusammenhang mit der europäischen Einigung gebracht hat – auch, um die Ängste der europäischen Nachbarn vor einem wiedervereinigten Deutschland zu nehmen, das unter Umständen sein politisches Koordinatensystem verändern und wieder eine Schaukelpolitik in Europa vornehmen könnte. Helmut Kohl hat damals gesagt: „Die Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen bleibt eingebettet in den gesamt-europäischen Prozess, dass heißt immer auch in die Ost-West-Beziehungen. Die künftige Architektur Deutschlands hat sich einzufügen in die künftige Architektur Gesamteuropas.“ Diese Politik –

das Werben um Vertrauen, dass Deutschland seine europäisch ausgerichtete Politik nicht verändern werde, das Werben um Zustimmung unserer Nachbarn und der Großmächte in den Zwei-Plus-Vier-Verhandlungen des Jahres 1990 – hat sich als richtig und erfolgreich erwiesen. Das wiedervereinigte Deutschland hat sich zum Anwalt seiner östlichen Nachbarn gemacht, hat ihnen geholfen bei ihrem schwierigen Weg nach Europa und auch bei den teilweise schmerzhaften Umstrukturierungsprozessen ihrer Wirtschaft.

## II.

Am 3. Oktober vor 19 Jahren versammelten sich um Mitternacht auf dem riesigen Platz vor dem Reichstag weit über eine Million Menschen, um die Wiedervereinigung Deutschlands zu feiern. Es waren nicht mehr zu übertreffende emotionale Augenblicke.

Auch heute sind wir dankbar, dass die Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit möglich wurde, nach einer friedlichen Revolution, ohne Blutvergießen, mit der Zustimmung aller unserer Nachbarn und auf allen Kontinenten. Dennoch mischen sich in diese Dankbarkeit heute in Deutschland auch wieder andere Stimmen, speziell im Osten unseres Landes: manche Sorgen über Arbeitslosigkeit, manche persönliche Enttäuschung, manche Ungeduld, dass es nicht schnell genug geht beim Aufbau Ost. Wir merken dies an manchen Wahlergebnissen, an Wahlenthaltungen, wir hören die Stimmen von Agitatoren, das mit der Deutschen Einheit sei viel zu schnell gekommen, überhastet, der Einigungsvertrag enthalte gravierende Fehler und das positive an der DDR, seine Errungenschaften seien nicht gewürdigt worden.

So stellen sich für uns folgende Fragen

1. Gab es eine Alternative zur schnellen Herstellung der Deutschen Einheit?
2. War die Bundesregierung auf die damalige Entwicklung überhaupt vorbereitet, ist ihr die Einheit Deutschlands nicht vielmehr einfach in den Schoß gefallen?
3. Hätte man beim Einigungs- und Transformationsprozess Fehler vermeiden können, und welche?
4. Haben wir die jahrzehntelange unterschiedliche Prägung der Menschen in Deutschland durch die so grundlegend verschiedenen Gesellschaftssysteme unterschätzt?

Ich habe mir noch einmal in Erinnerung gerufen, was ich am 3. Juli 1992 als damaliger Bundesinnenminister in einem Vortrag an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Friedrich Schiller Universität Jena vorhergesagt habe:

- „Nach Vollendung der staatlichen Einheit stehen wir jetzt vor der historischen Aufgabe, einheitliche, rechtliche, wirtschaftliche, soziale und ökologische Lebensverhältnisse in ganz Deutschland zu schaffen. Was wir uns hier vorgenommen haben, ist ein gigantisches Unternehmen – die Umwandlung einer über 40 Jahren gewachsenen sozialistischen zentralistischen planwirtschaftlichen Kommandowirtschaft in eine soziale Marktwirtschaft innerhalb von wenigen Jahren. Dies ist nicht nur eine wirtschafts- und finanzpolitische Herausforderung, sondern vielleicht mehr noch eine geistige und kulturelle Herausforderung, in Deutschland zwei gegensätzliche Gesellschaftsordnungen zu vereinen, die nicht nur durch einen unterschiedlichen Lebensstandard, sondern über viele Jahrzehnte hinweg durch eine unterschiedliches gesellschaftspolitisches Bewusstsein geprägt waren.“

## II.

Waren wir – die Bundesregierung, der Deutsche Bundestag, die deutsche Öffentlichkeit, der Westen, der Osten – 1989 auf die Wiedervereinigung vorbereitet?

Als ich Ende April 1989 zum Chef des Kanzleramtes berufen wurde und damit auch – das war so im Grundlagenvertrag geregelt – zum Verhandlungspartner der DDR, hat niemand gewusst oder geahnt, dass die friedliche Revolution in Europa anderthalb Jahre später zur Wiedervereinigung Deutschlands führen würde. Ich erinnere mich an das Übergabegespräch mit Wolfgang Schäuble, der ins Innenministerium wechselte: Auf dem Tisch lagen die wichtigsten unerledigten Akten, keine davon betraf die DDR und beinahe im Aufstehen sagte Wolfgang Schäuble: „Die Verkehrsvereinbarungen sind abgeschlossen. Ungelöst ist das Problem der Elbegrenze. Ministerpräsident Albrecht hat besondere Wünsche zum kleinen Grenzverkehr. In den nächsten Wochen wird Schalck-Golodkowski auf Dich zukommen und Deinen Antrittsbesuch bei Erich Honecker vorbereiten.“ Das war’s. Auch mein Gespräch am 4. Juli bei Honecker ergab keinen Hinweis auf die tiefen Erschütterungen in der DDR, die im Laufe der folgenden Wochen sichtbar werden sollten.

Anfang August veränderte sich die Lage dramatisch. Ich musste die Ständige Vertretung in Ost-Berlin schließen, weil sie mit 117 Flüchtlingen absolut überfüllt war. Gleichzeitig flohen tausende von DDR-Einwohnern in die deutschen Botschaften in Budapest, Warschau und Prag. Die DDR geriet international immer stärker unter Druck. Der damalige Zeitpunkt war ja in vielen osteuropäischen Ländern geprägt von Reformversuchen, in Ungarn wurde die Einführung des Mehrparteiensystems beschlossen, in Polen begann die Vorbereitung auf erste freie Teilwahlen und der Name Gorbatschow verband sich mit Glasnost und Perestrojka. Ungarn öffnete daher am 10. September seine Grenzen nach Österreich, vorausgegangen war das Geheimgespräch der ungarischen Regierung mit Bundeskanzler

Helmut Kohl auf Schloß Gymnich bei Bonn. Es war eine mutige, ganz großartige Tat unserer ungarischen Freunde, die uns in einer historischen Zeit geholfen haben und denen wir sehr viel verdanken.

### III.

Mit anderen Worten: Erst im späteren Verlauf des Jahres 1989 rückte der Gedanke der staatlichen Einheit Deutschlands für die absehbare Zeit näher und konnte die Bundesregierung übergehen zu einer konsequent operativen Politik der Wiedervereinigung. Es waren neben den machtvollen und in der ganzen Welt vernehmbaren friedlichen Demonstrationen der Menschen im Osten vor allem drei Ereignisse des Jahres 1989, die der Bundesregierung immer stärker die Überzeugung vermittelten, dass es zur Wiedervereinigung Deutschlands kommen könne und werde. Sie betrafen den 30. September, den 9. November und den 19. Dezember. Ich nenne diese Daten deshalb, weil sie die Hilflosigkeit der DDR-Führung und ihren rapiden Autoritätsverlust deutlich machten:

- Am 30. September stand ich mit Hans Dietrich Genscher auf dem Balkon der Prager Botschaft. Die DDR wollte in einem - wie sie betonte – einmaligen humanitären Akt die Ausreise der Botschaftsflüchtlinge in Prag, Warschau und Budapest genehmigen. Es blieb nicht bei einem einmaligen Akt, am 2. Oktober waren die Botschaften schon wieder von Zuflucht-suchenden gefüllt, die DDR musste erneut nachgeben.
- Die totale Öffnung aller Grenzübergänge am 9. November war nicht zurückzuführen auf eine überlegte Entscheidung der DDR-Regierung, sondern Folge von chaotischen Beratungen des Politbüros, wo niemand wusste, was man konkret beschlossen hatte. Es war der zweite historische Tag, der den Autoritätsverfall der DDR signalisierte.

- Und schließlich der 19. Dezember, als der Bundeskanzler der kapitalistischen Bundesrepublik Deutschland in die DDR reiste und die DDR-Führung ihn – an der Frauenkirche in Dresden – mit der eigenen Bevölkerung allein ließ, weil man den Beifall für Kohl und die gleichzeitigen Pfiffe für sich selbst fürchtete.

Während das 10-Punkte-Programm des Bundeskanzlers vom 28. November noch von einer viel längeren Zeitschiene ausging, vermittelte der 19. Dezember uns in der Bundesregierung endgültig die Überzeugung, dass es keinen Sinn mache, weitere Absprache mit der Regierung Modrow zu treffen – mit einer Ausnahme: Möglichst schnell die freien Wahlen in der DDR durchzusetzen, die dann ja auch am 18. März 1990 folgten.

Hätten wir dennoch – was nicht geheim geblieben wäre – Schubladenpläne für den Fall des Falles haben müssen? Dazu zitiere ich Richard Schröder, SPD-Abgeordneter in der Volkskammer der DDR sowie im Deutschen Bundestag zur Zeit der Wiedervereinigung, 1993 Verfassungsrichter des Landes Brandenburg, Professor für systematische Theologie an der Humboldt-Universität Berlin: „Warum hat sich die Bundesregierung nicht auf die Vereinigung vorbereitet? Die Antwort ist sehr einfach: Die Planung der deutschen Vereinigung hätte sie mit Sicherheit verhindert, denn das hätte die Entspannungspolitik ruiniert. Lautstarke Proteste aus dem Osten und verhaltene, aber entschiedene Kritik aus dem Westen Europas hätte das ausgelöst. Der italienische Politiker Andreotti hatte nicht nur für sich gesprochen, als er sagte: „Wir lieben Deutschland so sehr, dass wir am liebsten zwei davon haben.“

Man darf nicht vergessen: Die Teilung Deutschlands, scheinbar stabilisiert durch die Mauer, scheinbar sanktioniert durch den inner-deutschen Grundlagenvertrag, wie ihn die internationale Öffentlichkeit verstand, war ja für viele, auch in den westlichen Partnerstaaten, zu einem selbstverständlichen Element der europäischen Stabilität geworden, ganz

abgesehen davon, dass sie, auch wenn sie aus anderen Gründen entstanden war, für Teile der westlichen Eliten die Funktion einer Sicherung gegen die Wiederkehr deutscher Hegemonialambitionen nie völlig verloren hatte. Helmut Kohl hat in seinen Erinnerungen an das internationale Echo auf seine mit großer Vorsicht verkündeten 10 Punkte zutreffend geschrieben, nie habe er einen EG-Gipfel in so eisiger Atmosphäre wie den in Straßburg am 8./9. Dezember 1989 erlebt. Speziell die Briten, damals auch noch die Franzosen, waren äußerst irritiert. Aber zu dem Zeitpunkt waren mittlerweile die Rufe nach Freiheit und Selbstbestimmung in ganz Europa unüberhörbar geworden.

#### IV.

Ist die Wiedervereinigung der Bundesregierung in den Schoß gefallen? Natürlich hätte es wohl keine Wiedervereinigung gegeben ohne die Solidarnocz-Bewegung in Polen, ohne die Liberalisierung Ungarns, ohne Gorbatschow und seine Politik von Perestrojka und Glasnost, ohne die Massenfluchten und Massendemonstrationen in der DDR. Sie waren die entscheidenden Ereignisse. Ich behaupte aber, dass die damalige Entwicklung auch einen anderen Verlauf genommen hätte, wenn nicht die Bundesregierung den „Mantel der Geschichte“ im richtigen Zeitpunkt ergriffen, und die damals gegebene historische Chance konsequent genutzt hätte. Es gab damals auch ganz andere Stimmen in Deutschland. Egon Bahr, der Chefberater der sozialliberalen Koalition, hatte in seinem deutschlandpolitischen Programm eine ganz andere langfristige Konzeption zur deutschen Einheit entwickelt, die unter dem von ihm selbst geprägten Schlagwort „Wandel durch Annäherung“ bekannt geworden ist und die man präziser als „Wandel durch Stabilisierung“ bezeichnen müsste. Die DDR sollte „transformiert“ werden; hierzu würden – so die Annahme – die regierenden Kommunisten bereit sein, wenn ihre Herrschaft nicht mehr durch den Westen in Frage gestellt und ihr Regime durch Unterstützung aus dem Westen auch wirtschaftlich stabilisiert sein würde. Der europäische



Rahmen einer solchen Politik sollte eine Friedensordnung sein, in der ein militärisch verdünntes Mitteleuropa in seiner Stabilität von den Großmächten garantiert würde, unter langfristigem Wegfall von NATO und Warschauer Pakt. NATO und deutsche Teilung seien Zwillingsgeschwister, betonte Egon Bahr noch bis kurz vor der Wiedervereinigung.

Anders war die deutschlandpolitische Perspektive der CDU/CSU-geführten Bundesregierung. Natürlich musste die Politik der „kleinen Schritte“ fortgeführt werden – aber nicht mit dem Ziel der Stabilisierung des Regimes, sondern mit dem Ziel zunehmender Begegnungsmöglichkeiten für die Menschen in Deutschland. Und gleichzeitig musste die Forderung nach Durchsetzung der Menschenrechte und der Selbstbestimmung in den Ost-West-Beziehungen immer wieder thematisiert werden. Wir waren überzeugt, dass Freiheit und Selbstbestimmung in der DDR irgendwann zur Wiederherstellung der deutschen Einheit führen müsse. Von der unglaublichen Beschleunigung dieses Prozesses bis hin zum 3. Oktober 1990 sind auch wir überrascht worden. Aber wir haben die Chance entschlossen genutzt.

Ich habe diesen kurzen historischen Exkurs gemacht, weil er die Unterschiedlichkeit der Positionen verdeutlicht, die die Regierungskoalition und die Oppositionsparteien im Herbst 1989 zu den Ereignissen in der DDR einnahmen. Die einen drängten auf die Reformkräfte der SED zu setzen, um wenigstens das aus ihrer Sicht maximal Erreichbare, eine Demokratisierung der DDR, nicht zu gefährden. Die anderen – die Bundesregierung – hatten kein Problem mit dem Übergang zu einer operativen Politik der Wiedervereinigung; er lag auf der Linie und in der Konsequenz ihrer deutschlandpolitischen Konzeption, und diese Konzeption entsprach dem Willen der Menschen in der DDR. Die SED geriet in den Zangengriff zwischen den Forderungen der Demonstranten und den gleichlautenden Forderungen der Bundesregierung.

Die Menschen gaben sich mit kosmetischen Reformen und personellen Veränderungen an der SED-Spitze nicht zufrieden; sie verlangten die vollen demokratischen Rechte. Und sie blieben nicht bei einer demokratisierten DDR stehen, sondern verlangten die Deutsche Einheit als deutlich wurde, dass sie kein bloßer Wunschtraum blieb, sondern ein erreichbares Ziel war.

Die Verhandlungen und Gespräche in den Zwei-Plus-Vier-Verhandlungen und insbesondere in dem Dreieck Bonn – Washington – Moskau will ich hier nicht im Einzelnen nachzeichnen. Ausschlaggebend war letzten Endes, dass die sowjetische Führung zur Verminderung ihrer Rüstungslasten auf die Kooperation mit den USA und zugleich auf die wirtschaftliche und finanzielle Kooperation mit der Bundesrepublik angewiesen war. Wenn sie ihre politische Linie nicht grundlegend ändern und die Zusammenarbeit nicht abrechenen wollte, konnte sie nicht anders als in der deutschen Frage einer Lösung zuzustimmen, die in der Substanz den westlichen und den deutschen Vorstellungen entsprach. Nämlich: Keine Friedenskonferenz mit allen 60 oder 70 kriegsbeteiligten Staaten (das hätte einen monatelangen Verhandlungsmarathon bedeutet), sondern Zwei-Plus-Vier-Verhandlungen (die beiden deutschen Staaten mit den vier Siegermächten), keine singularisierenden oder diskriminierenden Sonderbestimmungen für Deutschland, volle Souveränität und damit auch die Freiheit, einem Bündnis der eigenen Wahl anzugehören, also der NATO, wenn auch mit begrenzten Sonderbestimmungen für die neuen Bundesländer. Das war im Übrigen die Voraussetzung, unter der allein die Zustimmung der Westmächte zur Deutschen Einheit zu erlangen war. Die Stabilisierung des deutschen NATO-Engagements und die Fortführung des europäischen Integrationsprozesses mussten abgesichert werden.

Sie waren zugleich der Schlüssel zur Überwindung der britischen und französischen Vorbehalte, wie sie sich bereits auf dem EG-Gipfel in Straßburg im Dezember 1989 – darüber habe ich gesprochen – gezeigt hatten. Die wichtigste Voraussetzung der Einheit jedoch war der wirtschaftliche und politische Zusammenbruch des realsozialistischen

Systems in den Ostblockstaaten und in der Sowjetunion selbst, die sich daraufhin genötigt sah, Kosten und Nutzen ihrer Westpolitik neu einzuschätzen. Es bleibt das Verdienst von Michael Gorbatschow, dass er die Klarsicht und den Mut hatte aus der Existenzkrise des sozialistischen Systems die Konsequenz einer fundamentalen Reformpolitik zu ziehen. Dabei setzte er aber Entwicklungen in Gang, die bei seinen begrenzten Zielen und damit auch über ihn selbst hinweggegangen sind.

## V.

Ging damals alles zu schnell? Hätten wir warten sollen, können? Hätten wir statt einer Politik der schnellen Wiedervereinigung auf der Grundlage des Artikels 23 Grundgesetz (Beitritt der DDR) – auf einen anderen Weg setzen sollen, auf den langwierigen Weg über den Artikel 146 Grundgesetz (Ausarbeitung einer ganz neuen gesamtdeutschen Verfassung), was uns viele Monate, vielleicht sogar Jahre gekostet hätte, auf dem Weg zur Einheit? Die Wahrheit ist: Das Zeitfenster der Wiedervereinigung war sehr eng. Wer sagt, dass sei alles viel zu schnell gegangen, vergisst, dass die Menschen der DDR die Einheit schnell wollten, vergisst, dass der Übersiedlerstrom, der die DDR auszubluten drohte, mit der Ausreisefreiheit für die Botschaftsflüchtlinge nicht aufhörte, auch nicht mit dem Fall der Mauer und nicht mit der Öffnung des Brandenburger Tores, sondern erst als mit dem Angebot der DM und der Wirtschafts- und Währungsunion die Menschen die konkrete und schnelle Perspektive der deutschen Einheit erkannten. Vor allem aber: er vergisst das spätere Auseinanderbrechen der Sowjetunion, den Rücktritt von Außenminister Schewardnadse im November 1990 (eines unserer damals verlässlichsten Freunde), den Putsch gegen Gorbatschow 1991 und den Golf-Krieg im gleichen Jahr mit seinen neuen erheblichen Spannungen zwischen Moskau und Washington. Guido Knopp hat es in seinem Buch „Kanzler – die Mächtigen der Republik“ wie folgt formuliert: „Der viel zitierte Mantel der Geschichte wehte nur ein Weilchen.“

Und so konnte der bewusste Königsweg zur Einheit wohl nur so aussehen, mit angelegten Ohren erst einmal alles unter Dach und Fach zu bringen – wie der Bauer, der bei Blitz und Donner seine Pferde mit der Peitsche antreibt, um die Fuhre fünf vor zwölf noch in die Scheuer zu retten. Wie man dann die Ernte lagert, welche Mühlen weiter mahlen, mahlen dürfen – das ist eine andere Geschichte.“ Zitat Ende.

Es gab zur Politik der schnellen Wiedervereinigung keine vernünftige Alternative.

## VI.

Ich halte es im Nachhinein immer noch fast für ein Wunder, dass diese Entwicklung, dieser Umbruch, diese Revolution so friedlich verlaufen ist. Man hätte sich auch eine andere Entwicklung vorstellen können – blutig, militärisch, gewalttätig. Wer in diesem Zusammenhang die Leistung der deutschen Politik richtig würdigen will, der sollte nicht nur betrachten, was geschehen ist, sondern auch was an Fehlern vermieden wurde. Es ging um eine maßvolle Steuerung einer von niemanden damals hervorgesehenen gar eruptierenden Entwicklung und es ging darum, den damaligen vielen falschen Ratschlägen nicht zu folgen. Es reizt mich, eine journalistische Stimme in diesem Zusammenhang immer wieder zu zitieren, nämlich den Mitherausgeber der Zeit, Theo Sommer, vom 22. September 1989, zwei Wochen nach der Öffnung der ungarischen Grenze und eine Woche vor der Ausreisefreiheit für die Botschaftsflüchtlinge in Prag. Er schrieb damals – ein bemerkenswertes Glanzstück journalistischer Fehleinschätzung: „Aufschäumende Emotion ist ein schlechter Ratgeber. Sie trägt den Sinn für die Realität, sie gaukelt Möglichkeiten vor, die sich bei unaufgeregter Betrachtung in Nichts auflösen...Der Wiedervereinigung sind wir keinen Zoll näher als vor einem Jahr oder vor fünf oder zehn Jahren. Die Frage der Deutschen Einheit ist nicht heißer, denn je. Im Gegenteil: Sie steht auf einer der hintersten Herdplatten der Weltpolitik und es ist kein Feuer unter dem

Topf...“ Es gab damals viele Besserwisser, denn ein Jahr später schon war die Deutsche Einheit geschaffen.

## VII.

Es wäre ein Wunder, wenn beim Einigungsprozess nicht auch Fehler geschehen wären. In der großen Linie haben sich die Entscheidungen, die Deutschland im Zuge des Wiedervereinigungsprozesses von 1989/90 getroffen hat, als richtig erwiesen, auch wenn wir später feststellen mussten, dass die vom SED-Staat hinterlassene ökonomische und ökologische Erblast viel schwerer und katastrophaler war als zunächst angenommen und dass Probleme wie der rapide und plötzliche Wegfall der alten Ostmärkte – nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Bildung der GUS-Staaten – hinzutraten.

Aus dem Umstand, dass man diese Situation damals unterschätzt hat, sind manche Hoffnungen und auch aus dem westengenährte Übererwartungen an einen ganz schnellen Prozess der Angleichung der Lebensverhältnisse mit entstanden. Das ist psychologisch gesehen heute sicher ein Grund für manchen Frust den wir auch in Wahlergebnissen kennen, der den Resonanzboden hergibt für diejenigen, die im Rückblick erneut die Errungenschaften des Versorgungsstaates preisen.

Zur Ostalgie gibt es aber auch keinen Grund. Der Stern hat vor einiger Zeit in einer Analyse geschrieben: „Im Großen und Ganzen bleibt die Wiedervereinigung ein gelungener Kraftakt von historischer Bedeutung. Bei allem Reden über das Geld darf nicht vergessen und verdrängt werden, was die DDR wirklich war: Ein Unrechtstaat, der die meisten seiner knapp 17 Millionen Einwohner mit Soldaten, Selbstschussanlagen und Tretminen am Verlassen gehindert hat und der wirtschaftlich so marode war, dass er wenig später ohnehin zusammengebrochen wäre.“ Und auch in Bautzen wurde gefoltert. Die Erinnerung daran wach zu halten, ist eine große

unverzichtbare gesellschaftspolitische Aufgabe. Sie gehört auf den Lehrplan aller deutschen Schulen.

Ich möchte gerne den Bundestagspräsidenten zitieren, der vor kurzem in einer Rede gesagt hat: „Die Deutsche Einheit als Erfolgsgeschichte zu sehen, heißt keineswegs blind zu sein für noch immer zu bewältigende Probleme. Dabei sollten wir uns aber stärker, als das gelegentlich in der Berichterstattung zu erkennen ist, vergewissern, dass wir hier über Hinterlassenschaften der Teilung reden und nicht über Folgen der Deutschen Einheit.

Die Neigung, Ursache und Wirkung miteinander zu verwechseln – so immer noch der Bundestagspräsident, habe inzwischen ein bemerkenswertes Maß an Virtuosität erreicht. Der Eine oder Andere möge sich daran erinnern, dass der Volksmund der DDR

über die deprimierenden Zustände vieler Städte noch zu Zeiten der Teilung mit dem berühmten Spruch gespottet habe „Ruinen schaffen ohne Waffen“. Die aufwendige Wiederherstellung wertvoller Bausubstanzen und die Wiedergeburt ganzer historischer Stadtquartiere sei ein grandioser Gewinn der Deutschen Einheit. Der Anteil der neuen Länder an den schönsten deutschen Städten sei weit größer als ihr Anteil an der Bevölkerung und der Fläche des wiedervereinigten Deutschlands. Auf dem damals völlig verseuchten Uranabbaugebiet Wismut in Thüringen zum Beispiel habe inzwischen eine Bundesgartenschau stattgefunden. Zugegeben –so Lammert: „Nicht überall blühen die Landschaften so eindrucksvoll, aber manche Veränderungen sind zweifellos spektakulär.“

Wir müssen also differenzieren: In den Neuen Ländern ist in den zurückliegenden 19 Jahren der Erneuerungsprozess weit vorangekommen. Die Neuen Länder sind zu einem modernen und attraktiven Standort geworden. Gemessen an der schwierigen Ausgangslage ist die Bilanz des Aufbaus Ost weit überwiegend positiv. Aber die Arbeit ist noch nicht zu Ende. Der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt hat vor kurzem gesagt: „

Den Aufbauprozess in Ostdeutschland können wir nur gemeinsam zum Erfolg führen. Wenn wir den Aufbau Ost auch künftig als „Gemeinschaftswerk“ begreifen, ist mir um die Zukunft nicht Bange.“

Welche Lehren lassen sich ziehen aus dem Prozess der Deutschen Einheit für die Politik im Allgemeinen und für den Prozess der Europäischen Einigung im Besonderen?

1. Das Richtige zu erkennen und das Richtige auch gegen Widerstände nachhaltig durchzusetzen, unterscheidet eine von Werten bestimmte, von einer demoskopisch bestimmten Politik. Wäre die Bundesregierung in der Deutschlandpolitik populistischer Stimmungen gefolgt oder hätte sie Widerstände gefürchtet, wäre die Entwicklung anders verlaufen. Markantestes Beispiel: Der NATO-Doppelbeschluss aus dem Jahre 1983, der den Kurswechsel in Moskau bewirkte, wie wir von Gorbatschow selber wissen. Er war ohne Zweifel einer der wichtigsten Voraussetzungen für die spätere Deutsche Einheit. Aber es gab damals keine Mehrheit für den NATO-Doppelbeschluss im deutschen Volk, das hätte jede Volksbefragung gezeigt. Die Bundesregierung hat sich jedoch von Stimmungen und Gegenströmungen nicht beeinflussen lassen, sondern mit vollem aber verantwortbarem Risiko das getan, was sie für richtig hielt.
2. Ich zitiere ein chinesisches Sprichwort, das da lautet: „Wenn der Wind der Veränderung weht, dann bauen die einen Mauern, die anderen setzen die Segel.“ In diesem letzteren Geist hat sich die Bundesrepublik Deutschland auch nach der Deutschen Einheit für ihre politische Vision eines freien und geeinten Europas konsequent eingesetzt. So hat Bundeskanzler Helmut Kohl immer wieder und speziell auch im Zehn-Punkte-Programm vom 28. November 1989 betont, die Deutsche Einheit und die Europäische Einigung seien zwei Seiten ein und derselben Medaille und ein wiedervereinigtes Deutschland müsse sich einbinden in den gesamteuropäischen

Prozess. Wir haben Wort gehalten gegenüber den Ungarn, gegenüber den Polen und unseren anderen osteuropäischen Nachbarn. Viele neue Mitglieder sind zur Europäischen Union hinzugekommen: Estland, Lettland, Litauen, Polen Tschechien, Ungarn, Slowenien, Slowakei, Malta, Zypern, Bulgarien, Rumänien – alles klangvolle Namen, die untrennbar verbunden sind mit der europäischen Geschichte und Kultur, viele Staaten, die jahrzehntelang unter der europäischen Zerrissenheit, unter dem Terror des Nationalsozialismus oder der Unterdrückung durch den Kommunismus gelebt haben. Vaclav Havel hatte ja auch Recht, als bei der Diskussion über die Erweiterung der Europäischen Union mahnte: „Wenn der Westen den Osten nicht stabilisiert, wird auf Dauer der Osten den Westen destabilisieren.“ Deswegen muss auch der Prozess der Europäischen Einigung konsequent fortgesetzt werden – auch gegen Widerstände und auch gegen manche populistischen Einwände. Auch wenn die Wahlen zum Europäischen Parlament deutlich gemacht haben, wie viel Arbeit uns noch bevorsteht, die Europäische Union volksnäher zu gestalten, auch Zuständigkeiten neu zu ordnen, bleibt richtig, was Wolfgang Schäuble unlängst äußerte: „Ohne die Europäische Einigung wäre der größte Glücksfall der jüngeren deutschen Geschichte, die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit nicht möglich gewesen. Ohne die EU lassen sich die Probleme in der globalisierten Welt nicht mehr lösen. Wir können zentrale politische Anliegen nicht mehr alleine durchsetzen, sondern nur mit unseren Partnern. Deshalb ist die EU für jeden Einzelnen wichtig, sie ist der Schlüssel für unsere Zukunft.“

Ich komme noch einmal zurück zu dem Ausgangspunkt und zitiere Helmut Kohl aus seinen Memoiren mit Blick auf den 3. Oktober 1990: „Als wir uns im Herbst 1989 auf den Weg zur Einheit machten, war es wie vor der Durchquerung eines Hochmoores:



Wir standen knietief im Wasser, Nebel behinderte die Sicht, und wir wussten nur, dass es irgendwo einen festen Pfad geben müsste. Wo er genau verlief, wussten wir nicht. Schritt für Schritt tasteten wir uns vor und kamen schließlich wohl behalten auf der anderen Seite an. Ohne Gottes Hilfe hätten wir es wohl nicht geschafft.“